

Was Wandern mit Klimaschutz verbindet

Konsensfindung zur Energiewende am Runden Tisch lokaler Verbände und Vereine mit unterschiedlichen Interessen

André Schaffrin, Sarah-Kristina Wist, Tanja Nietgen, Gisela Wachinger

Beitrag zur Ad-Hoc-Gruppe »NGOs und soziale Bewegungen im Klimaregime – Ausdruck eines neuen Spannungsfeldes sozialer und ökologischer Fragen?«

1 Einleitung und Forschungsfragen

Zivilgesellschaftliche Initiativen, Netzwerke und institutionalisierte Bewegungen sind von wachsender Bedeutung für den nationalen und internationalen Mediendiskurs und das politische Framing des Klimawandels. Neben etablierten Organisationen treten zunehmend zivilgesellschaftliche Akteure auf, wie beispielsweise Verbände, Vereine oder informelle Initiativen und Netzwerke. Hierbei spiegeln sich die in international geführten Klimaschutzdiskursen sozialen, ökonomischen und ökologischen Konfliktlinien auf konkrete Betroffenheiten und lokale, politisch und kulturell geprägte Kontexte in den unterschiedlichen Regionen. Denn die Klimadebatte zeigt sich spätestens mit den Bürgerprotesten gegen Energiewendeprojekte vor der Haustür. Traditionelle Verbände und Vereine haben hier eine zentrale politische Rolle bei der Interpretation der Klimaschutzdiskurse im jeweiligen kulturellen Kontext.

Welche Wirkung lokale Vereinsstrukturen auf lokale Klimadiskurse haben, wurde bisher kaum erforscht. Dabei weisen lokale zivilgesellschaftliche Organisationen ein bedeutsames Vermittlungspotential zwischen globalen Ansprüchen und lokaler Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen auf. Lokale Verbände und Vereine wirken kulturell sowohl definitorisch als auch machtpolitisch auf die lokale Interpretation von globalen Klimaschutzdiskursen ein. Sie können neue Legitimationsstrategien, aber auch neue Praktiken und Netzwerke der Teilhabe und des Protests im Rahmen regionaler Energiewendevorhaben stellen. Es ist daher zu erwarten, dass sie sich sowohl positiv als auch negativ gegenüber Klimaschutzvorhaben positionieren können. Hierbei kommt es womöglich nicht nur auf die jeweilige Zielstellung des Vereins an sich an, sondern auch auf die Zusammensetzung der Vereins- und Verbandslandschaft und der damit verbundenen Diskurshistorie auch zu anderen regionalen relevanten Themenfeldern in der Region.

Das ehrenamtliche Engagement von Bürger*innen in Vereinen ist mit Wertvorstellungen und mit persönlichen Interessen verbunden. Dieses emotionale Engagement ist zielführend für die Auseinandersetzung mit dem global geführten Klimaschutzdiskurs im regionalen Kontext lokaler Betroffenhei-

ten. Es birgt ein hohes Mobilisierungs- und Widerstandspotential, bildet aber auch zugleich die Basis für eine Konsensfindung, gerade zwischen Verbänden und Vereinen mit ganz unterschiedlichen Zielen.

Daraus ergeben sich folgende Fragestellungen, die im Weiteren untersucht werden sollen:

- (1) Wie wird in den regionalen Kontexten über die Energiewende diskutiert und wie wird der Diskurs von Bevölkerung und Stakeholdern wahrgenommen?
- (2) Welche Rolle spielen in diesem Diskurs Verbände und Vereine und wie stehen sie neuen Initiativen gegenüber?
- (3) Wie kann es gelingen, diese Akteure mit ihren unterschiedlichsten Positionen und Interessen in einen Diskurs zu bringen?

Im Forschungsprojekt EnAHRgie wurden diese Fragen zum Klimaschutzdiskurs im regionalen Kontext einer Modellregion empirisch untersucht. Gegenübergestellt wurden der medial geführte Diskurs mit dem politischen Diskurs und den tatsächlichen Einstellungen der Bevölkerung zum Klimawandel und der regionalen Energiewende. Von besonderem Interesse waren hierbei die Standpunkte und Äußerungen der lokalen Verbände und Vereine aus der Modellregion. Es wurde ein Runder Tisch eingerichtet und von August 2013 bis Juli 2018 begleitet. Dazu waren alle für die Diskussion und Umsetzung von Maßnahmen zur Realisierung einer lokalen Energiewende relevanten lokalen Verbände und Vereine aus der Modellregion eingeladen. Regelmäßig nahmen die Tourismusverbände, der Solarverein, der Jagdverband, der Waldbauverein, der Bauern- und Winzerverband sowie BUND und NABU teil. Mit dieser Gesprächsplattform hatten die Teilnehmenden zum ersten Mal Gelegenheit zum Austausch stark divergierender Interessen in einem geschützten Rahmen. Für die empirische Analyse wurden qualitative Interviews mit den Teilnehmenden vor und nach der Erarbeitung des Energiekonzepts geführt sowie die Ergebnisprotokolle und die Berichterstattung der lokalen Medien zur Klimadebatte ausgewertet.

Der Runde Tisch Verbände und Vereine war eingebettet in das Forschungsprojekt EnAHRgie – Nachhaltige Gestaltung der Landnutzung und Energieversorgung. Das Projekt hat das Ziel anhand einer spezifischen Modellregion Lösungen für regionale Herausforderungen der Energiewende zu entwickeln und auf andere Regionen zu übertragen. Über teilnehmende Vertreter*innen dieses Runden Tisches in der Projektgruppe waren die Verbände und Vereine unmittelbar an der Projektarbeit und der Gestaltung eines Energiekonzepts eingebunden. Diese Form der Integration zivilgesellschaftlicher Organisationen ist, soweit wir wissen, bisher einmalig.

2 Methoden

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein qualitativ-evaluatives Forschungsdesign im Betrachtungszeitraum von Januar 2015 bis Januar 2019 verwendet. Betrachtungsregion war die Modellregion Landkreis Ahrweiler im nördlichen Rheinland-Pfalz. Insgesamt wurden für die Analyse des medialen Klimaschutzdiskurses 1083 Presseartikel von den vier größten regionalen Printmedien (online verfügbar) anhand einer Schlagwortsuche („Energie“, „Energiewende“, „Klimaschutz“ und „Umwelt“) ausgewertet. Zur Analyse des politischen Diskurses in der Modellregion wurden Newsmeldungen der Webseiten der politischen Kreisparteien herangezogen. Ergänzt wurden die Analysen durch eine Auswertung einer für den Landkreis Ahrweiler repräsentativen postalischen Bevölkerungsumfrage mit 1623 Befragten im Jahr 2016 (Zufallsstichprobe der Grundgesamtheit der gemeldeten Bevölkerung mit Erstwohnsitz über 18 Jahre).

Für die Analyse der Rolle der Verbände und Vereine wurden mit zwölf Vertreter*innen leitfadengestützte Interviews zu Beginn (April – Mai 2015) und nach Abschluss des Runden Tisches (August 2018 – Januar 2019) geführt. Hierbei wurden sowohl die generellen Positionen der Vereinsvertreter*innen gegenüber Klimaschutzstrategien als auch die eigene Sicht auf die Rolle im Projekt und im Energiewendeprozess in der Region abgefragt und über die zwei Erhebungszeitpunkte miteinander verglichen. Den Runden Tisch und die Rolle der teilnehmenden Verbände und Vereine für den regionalen Energiewende- bzw. Klimadiskurs konnten zudem anhand teilnehmender Beobachtung über den gesamten Projektverlauf hinweg analysiert werden.

3 Ergebnisse

3.1 Wie wird in den regionalen Kontexten über die Energiewende diskutiert und wie wird der Diskurs von Bevölkerung und Stakeholdern wahrgenommen?

Der Betrachtungszeitraum folgt einem durch die Ereignisse in Fukushima, dem folgenden „Ausruf“ der deutschen Energiewende und der intensiven Debatte steigender Energiepreise geprägten Klimadiskurs auf nationaler Ebene. Im lokalen Klimadiskurs spiegelt sich die Konfliktlinie zwischen globaler Verantwortung und Unterstützung für die Ziele der Energiewende mit den unmittelbaren Betroffenheiten und positiven als auch negativen Auswirkungen auf die Landschaft, die wirtschaftlichen Interessen und das regionale Selbstverständnis. Diese Auseinandersetzung zeigt sich konkret in der medialen Diskussion, der politischen Auseinandersetzung und der Einstellungen der Bevölkerung.

3.1.1 Medialer Klimaschutzdiskurs

In der Analyse unterschiedlicher Klimaschutzdiskurse in den Pressartikeln der Modellregion wurde zwischen der Darstellung der Kommunen und der gesellschaftlichen Diskussion im Allgemeinen unterschieden. In der Auswertung der Presseartikel zum Thema Energiewende spiegelt sich die oben erwähnte konkrete Betroffenheit wider.

Kommunen aus der Modellregion präsentieren sich in den lokalen Medien eher zurückhaltend zum Klimadiskurs. Grundsätzlich fehlt ein klares Bekenntnis zur Energiewende, wobei Einzelprojekte (Wind, Freiflächen-Photovoltaik, Rekommunalisierung der Netze, etc.), insbesondere die eigene Bewirtschaftung der kommunalen Liegenschaften, im Vordergrund stehen. Raumwirksame Anlagen treten als Einzelprojekte in der Mehrzahl der Pressartikel als Konfliktfelder in Konkurrenz zu anderen Nutzungsarten wie Naturschutz, Infrastruktur, etc. auf. Windenergie wird ausschließlich im wirtschaftlichen Zusammenhang als Einnahmequelle zur Sanierung kommunaler Haushalte erwähnt.

In der gesellschaftlichen Diskussion der regionalen Medien findet sich eine deutliche Kritik an der nationalen Zielsetzung der Energiewende mit der Spiegelung von konkreten Befürchtungen, Einschnitten, Nachteilen vor Ort, so beispielsweise die Angst vor steigenden Energiepreisen oder der ungerechten Verteilung von Nutzen und Lasten. Die Veränderung der kulturell geprägten Landschaft und die Beeinträchtigung der Natur, insbesondere durch die Windenergie, wird als wesentliche regionale Betroffenheit und Auswirkung von auf nationaler Ebene gesteckten Energiewendezielen diskutiert.

Grundsätzlich lässt sich eine Tendenz aus den ausgewerteten Presseartikeln ablesen, dass der mediale Klimadiskurs deutlich stärker durch eine Berichterstattung über Kritik an den Auswirkungen lokaler Klimaschutzmaßnahmen und Energiewendeprojekten geprägt ist als über befürwortende Argumentationslinien.

3.1.2 Politischer Klimaschutzdiskurs

Der politische Diskurs ist durch eine ähnliche Auseinandersetzung des nationalen Klimadiskurses mit den lokalen Betroffenheiten und konkreten Herausforderungen in der Modellregion geprägt. Die Auswertung der Newsmeldungen auf den Webseiten der politischen Kreisparteien hat ergeben, dass der regionale Klimaschutzdiskurs vor allem als Nischenthema von den kleinen Parteien besetzt ist. Die beiden größeren Parteien weisen nur sehr wenige Newsmeldungen zu diesem Thema auf. Die CDU behandelt in nur vier Newsmeldungen entweder institutionelle Themen, wie beispielsweise die Beteiligung am Projekt EnAHRgie oder die Etablierung eines Regionalbüros der Energieagentur. Oder sie reagiert auf potentielle Gefährdungen, wie beispielsweise die Beteiligung an einer Resolution des Kreises zur Abschaltung eines nahegelegenen Atomkraftwerks auf der belgischen Grenzseite oder eine Stellungnahme zur geplanten Starkstromleitung auf dem Kreisgebiet. Die SPD kritisiert in nur einer Newsmeldung den Kreis als Anteilseigner von RWE-Aktien. Als eine kleinere Partei unterstützt dagegen die FWG (Freie Wähler Gemeinschaft) in einem deutlichen Statement die Energiewende in der Modellregion und verknüpft dies mit einem klaren Auftrag an die Kreisverwaltung.

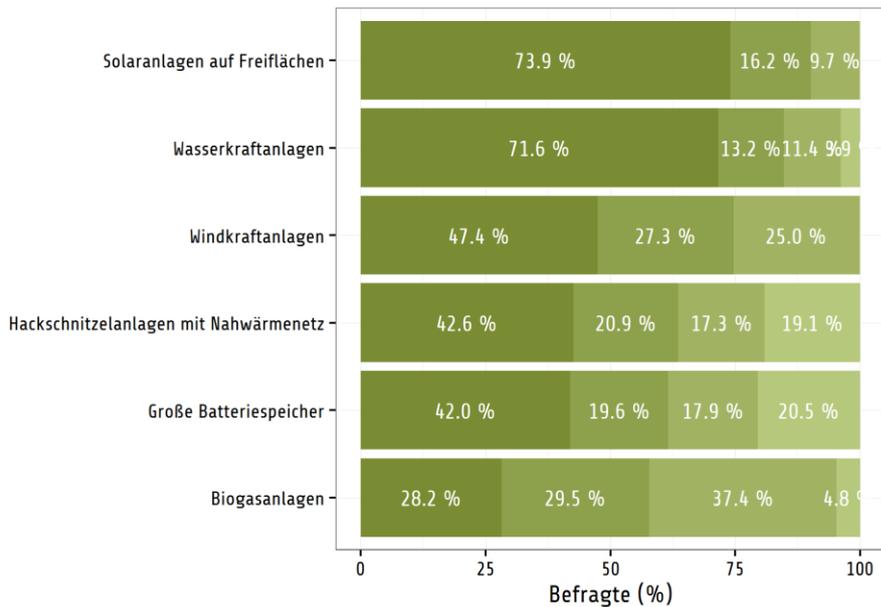
Den zahlenmäßig größten Anteil an Newsmeldungen zum politischen Klimadiskurs in der Region tragen die beiden kleineren Parteien FDP (12 Beiträge) und *Die Grünen* (13 Beiträge). Beide Parteien weisen sich hierbei deutlich als Kontrahenten aus und treten öffentlich über adressierte Leserbriefe sogar direkt in einen Diskurs ein. Die FDP spiegelt hierbei die Klima- bzw. Energiewendeskepsis gegenüber den nationalen Zielen als auch die Argumente der lokalen Betroffenheiten. Damit einher geht eine klare Ablehnung von Windenergie und den regionalen Energiewendezielen des Kreistages. Die Argumente dahinter zielen vor allem auf die Wirtschaftlichkeit einzelner Projekte sowie dem Landschafts- und Naturschutz ab. Hinzu kommt die Beeinträchtigung der Menschen vor Ort (unter anderem auch durch Bahnlärm). Bezug nehmen die Argumente auf konkrete Infrastrukturprojekte, insbesondere von Straßen, sowie die Unterstützung von lokalen Bürgerinitiativen.

Die Partei *Bündnis 90/Die Grünen* tritt dagegen als Fürsprecherin der Energiewende auf und deckt in ihren Newsmeldungen die wesentlichen Argumente des nationalen Klimadiskurses ab. Darunter fallen die positiven Aspekte der Dezentralisierung des Energiesystems, der Klimaschutz als eigenständiger Wert, die nachhaltige Entwicklung der Region, gesellschaftliche Teilhabe und der Atomausstieg. Die konkrete Auseinandersetzung des nationalen Klimadiskurses mit den lokalen Kontextbedingungen äußert sich in einer Kritik an der zu schleppenden Umsetzung der Energiewende und zu geringen Unterstützung regionaler Projekte durch die Politik.

3.1.3 Einstellung der Bevölkerung

Die Auswertung der repräsentativen Befragung in der Modellregion im Untersuchungszeitraum zeigt, dass die durch die mediale Präsenz und den politischen Diskurs starke Betonung der lokalen Auswirkungen der Windenergie von der Bevölkerung nicht geteilt wird. Wie Abbildung 1 zeigt, rangiert Windenergie bei der Unterstützung durch die Bevölkerung eher im oberen Mittelfeld. Freiflächen-Fotovoltaikanlagen und Wasserkraft werden vom größten Anteil der Befragten unterstützt. Biogasanlagen und große Batteriespeicher werden dagegen weniger in der unmittelbaren Nachbarschaft akzeptiert.

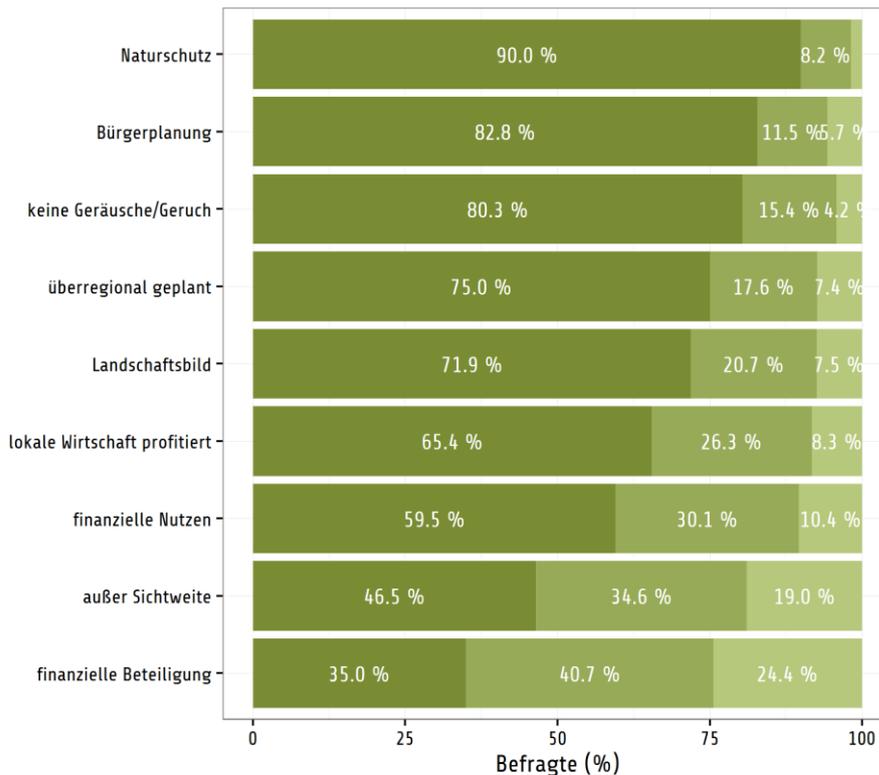
Abbildung 1: „Welche der folgenden Energietechnologien würden Sie am ehesten bei Ihnen vor Ort unterstützen? Die folgenden Anlagen finde ich ...“



Antwortkategorien (von hellgrün nach dunkelgrün): sehr gut, gut, teils/teils, weniger gut, schlecht, kenne ich nicht
 Quelle: repräsentative Bevölkerungsumfrage, Projekt EnAHRgie

Wie Abbildung 2 zeigt, stimmt auch bei der Gewichtung von Wirkungen auf die Region der mediale und der politische Diskurs nicht mit den Einstellungen der Bevölkerung überein. Werden insbesondere von der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* und den Kommunen finanzielle Aspekte als Argumente für entsprechende Anlagen angeführt, so ist der monetäre Nutzen und die finanzielle Beteiligung aus Sicht der Befragten von allen aufgezählten Wirkungen am unwichtigsten. Dagegen rangieren Naturschutzbelange und Möglichkeiten der Planung durch die Bürger an erster Stelle. Insbesondere der Beteiligungsaspekt ist im medialen und politischen Diskurs nicht so präsent. Während insbesondere die FDP und die Mehrzahl der ausgewerteten Presseartikel die individuelle Beeinträchtigung und die Auswirkungen von Erneuerbaren-Energien-Anlagen auf das Landschaftsbild betonen, so bewerten die Befragten diese beiden Wirkungen eher im (oberen und unteren) Mittelfeld.

Abbildung 2: „Bezogen auf diese Energietechnologien, wie wichtig sind Ihnen persönlich die folgenden Punkte?“



Antwortkategorien (von hellgrün nach dunkelgrün): sehr wichtig, ziemlich wichtig, mäßig wichtig, weniger wichtig, überhaupt nicht wichtig

Quelle: repräsentative Bevölkerungsumfrage, Projekt EnAHRgie

3.2 Welche Rolle spielen Verbände und Vereine im regionalen Klimaschutzdiskurs und wie stehen sie neuen Initiativen gegenüber?

Lokale Verbände und Vereine verstehen sich als Expert*innen der lokalen Gegebenheiten in der Modellregion und bringen dieses Verständnis auch in die weitere Projektarbeit am Runden Tisch mit ein. Sie greifen Argumente des nationalen Klimaschutzdiskurses auf, passen sie auf die jeweiligen Kontextbedingungen vor Ort an und betten sie in das vereinseigene Interesse, Selbstverständnis und Argumentationsmuster ein. Damit dient der nationale Klimaschutzdiskurs der Stärkung der eigenen Position zu grundlegenden Veränderungen in der direkten Lebensumwelt der Vereinsmitglieder.

Grundsätzlich konnte in den Interviews beobachtet werden, dass trotz des unterschiedlichen fachlichen Hintergrunds es bereits vor Beginn der gemeinsamen Arbeit am Runden Tisch einen Konsens über die beteiligten Vereine und Verbände hinweg zur Notwendigkeit besteht, dem global wirkenden Klimawandel auf lokaler Ebene Maßnahmen entgegenzusetzen. Bei allen anderen teilnehmenden Organisationen ist der Aspekt "Energiewende" mehr (Natur-, Umweltschutzverbände) oder weniger (Jagdverband, Waldbauverein) Bestandteil der alltäglichen Vereinsarbeit. Je nach Hintergrund der Organisation stand der Hauptzweck des Vereins, wie beispielsweise weitestgehender Erhalt des Landschaftsbildes für den Tourismus, Nutzung der Flächen für die landwirtschaftliche Produktion, im Fokus des Diskurses. Damit war die Bewertung möglicher Maßnahmen aus Sicht der jeweiligen Vereinslogik auch Hauptbestandteil der im Vorfeld auftretenden Konflikte und Diskussionen, auch zu anderen Themenbereichen und in öffentlichen Gremien.

In elf der zwölf Fälle handelt es sich um traditionelle Vereine und Verbände, die zusätzlich zu ihrem Kernthema Argumente des Klimaschutzdiskurses aufgreifen. Damit gibt es in der Region nur einen „neuen“ Verein, der sich als primäres Vereinsziel die Förderung von erneuerbaren Energien in der Region und der Aufklärung der lokalen Stakeholder verschrieben hat. Solchen neuen „Energiewende“-Initiativen fehlt es aber an Sichtbarkeit und politischem Einfluss in der Modellregion.

Darüber hinaus lassen sich drei Organisationsgruppen mit jeweils ähnlichem thematischen Zugang zum Klimaschutzdiskurs aus den Interviews und der Medienanalyse ableiten. Insbesondere bei den Touristiker*innen und den landwirtschaftlich geprägten Verbänden und Vereinen besteht vornehmlich ein wirtschaftliches Interesse am Thema Energiewende. Aus touristischer Perspektive können insbesondere Klimamaßnahmen dann von Vorteil sein, wenn sie für ein „Grünes Image“ der Region vermarktet werden und damit die Besucherzahlen bei einer interessanten Zielgruppe erhöhen können. Allerdings stehen raumwirksame Anlagen in unmittelbarer Nähe zu zentralen Landschaftspunkten in Konkurrenz zu regionalen Tourismuskonzepten, die auf traditionelle Landschaftstypen ausgerichtet sind. In der Modellregion betrifft das den Wander- und Umwelttourismus. So wurde seitens der Touristiker*innen von Anfang an klar kommuniziert, dass sie Windenergieanlagen nur an weniger sichtbaren Standorten unterstützen würden, dafür aber aufgeschlossen gegenüber dem Einsatz und der touristischen Nutzung von Elektromobilität seien.

Für die landwirtschaftlich geprägten Verbände, insbesondere für den Waldbau, die Winzer*innen und den Jagdverband, stellen raumwirksame Anlagen und der Anbau von Energiepflanzen eine direkte Landnutzungskonkurrenz dar. Unterstützung vonseiten dieser Verbände für den kommunalen Klimaschutz erfolgt dann, wenn entsprechende Maßnahmen das eigene Geschäftsmodell nicht beeinträchtigen. Beispielsweise unterstützt der Waldbauverein Initiativen zur energetischen Nutzung von Privatholz in der Modellregion, sieht allerdings Windenergie auf Waldflächen kritisch. Skeptisch werden vor allem die Auswirkungen auf Landpachten durch den vermehrten Anbau von Energiepflanzen sowohl für den Jagdverband als auch für die Landwirtschaft gesehen. In den Presseartikeln werden aber auch positive Auswirkungen des Klimawandels und dem damit verbundenen Temperaturanstieg auf den Weinbau diskutiert.

Neben den wirtschaftlichen Interessen spielen lokale Identitäten und Heimatbewusstsein in der Gruppe der lokal ansässigen Wander- und Heimatvereine eine zentrale Rolle. Energieanlagen, welche durch eine starke Raumwirksamkeit das Landschaftsbild verändern, werden von diesen Vereinen grundsätzlich abgelehnt. Dies betrifft vor allem Windenergieanlagen auf den Höhenzügen der Mittelgebirgsregion Eifel. Das subjektive Landschaftsempfinden und die kulturell geprägten Identitäten werden durch diese Vereine an markanten Landschaftspunkte wie beispielsweise der „Hohen Acht“ als höchster Berg der Eifel festgemacht und für die Öffentlichkeit veranschaulicht. Betont wird der Vorrang von Energieeffizienz und Energieeinsparung vor dem Ausbau erneuerbarer Energien. Im Gegenzug bedient sich diese Gruppe der Argumente aus dem nationalen Klimaschutzdiskurs, welche gegen die Sinnhaftigkeit von erneuerbaren Energien gerichtet sind, beispielsweise die Herausforderung der Netzintegration und Bezahlbarkeit steigender Energiepreise.

Die wohl größte Herausforderung im Klimadiskurs eine mit den bisherigen Vorstellungen und Überzeugungen konforme Argumentation zu finden, hat die Gruppe der lokalen Umwelt- und Naturschutzverbände. Denn Klima-, Umwelt- und Naturschutz können sich gegenseitig ausschließen, wenn beispielsweise durch Windenergie der Vogelschutz beeinträchtigt ist oder durch Monokulturen von Energiepflanzen die Biodiversität eingeschränkt wird. So treffen innerhalb dieser Gruppe und sogar innerhalb der einzelnen Vereine unterschiedliche Abwägungsvorstellungen aufeinander. Wird in der Argumentation beispielsweise der Vogelschutz hervorgehoben, dann geht damit auch eine Ablehnung von Windenergie auf Waldflächen einher.

3.3 Wie kann es gelingen, diese Akteure mit ihren unterschiedlichsten Positionen und Interessen in einen Diskurs zu bringen?

Ziel von EnAHRgie war es, die Umweltverbände und weitere Vereine als inhaltlich relevante Stakeholder mit unterschiedlichen Interessen frühzeitig in die Diskussion zur Umsetzung des Kreistagsbeschlusses aus dem Jahr 2011: „100% Strom aus erneuerbarer Energie bis 2030“ mit einzubeziehen.

Der Hintergrund ist, dass das über mehrere Jahrzehnte angestrebte Ziel der vollständigen Versorgung mit erneuerbaren Energien einer langfristigen Vernetzung der Akteure zur Mobilisierung der naturräumlichen Potenziale bedarf. Gleichzeitig erfordern die Konflikte um knappe Flächen einen kontinuierlichen Diskussions- und Konsensprozess. Die im Projekt eingebundenen Verbände und Vereine¹ spiegeln unmittelbar entsprechende Landnutzungskonflikte insbesondere von Tourismus, Landwirtschaft, unterschiedliche Nutzungsarten von Wald und Nutzung für erneuerbare Energien im Landkreis wider. Jeder Verein und Verband konnte potenziell seine Netzwerke und damit einhergehendes Wissen, Interessen, Weltbilder etc. über die Expert*innen zivilgesellschaftlicher Vereinigungen in das Forschungsprojekt einbringen. So wurde die Möglichkeit geschaffen, das unterschiedliche Wissen und die divergierenden Standpunkte frühzeitig durch Rückmeldungen, Bewertungen und Anregungen in das Projekt zu integrieren und mögliche Lösungsansätze zu erarbeiten.

Aufgrund der Vielschichtigkeit von Herausforderungen im Rahmen der Realisation einer lokalen Energiewende und den damit verbundenen Landnutzungskonflikten ist es für einen erfolgreichen Prozess unabdingbar, bereits in der Phase der Energiekonzepterstellung in den Diskurs mit den regionalen Akteuren und somit unter anderem mit den regionalen Verbänden und Vereinen zu treten. Von besonderer Relevanz sind Organisationen mit einem direkten Bezug zur Klima-, Umwelt- und Energiewendethematik sowie solche, deren Mitglieder sich aktiv für einen weitest gehenden Erhalt (Tourismusverbände) bzw. eine Nutzung (Bauern- und Winzerverband) der gewachsenen Kulturlandschaft einsetzen.

Eine differenzierte Bewertung der Notwendigkeit des Baus von Anlagen zur Produktion von Strom und Wärme aus erneuerbaren Energieträgern findet sich nicht nur zwischen den verschiedenen Verbänden und Vereinen – häufig reicht der Konflikt tief in die Struktur einer einzelnen Organisation. Diese Kontroverse zwischen und auch innerhalb der Organisationen machte eine neutrale Moderation der Treffen am Runden Tisch unabdingbar für einen zielorientierten Diskurs.

Über den gesamten Projektzeitraum fanden zwölf Abendveranstaltungen mit einer Länge von ca. 3–4 Stunden statt, an dem ein Großteil der Vertreter*innen regelmäßig teilnahm. Die Inhalte strukturierten sich entlang der Arbeitsphasen innerhalb des Projektes und umfassten einerseits die regelmäßigen Informationen zur aktuellen Arbeit am Energiekonzept. Andererseits wurden mit Absprache der Teilnehmenden folgende Themen behandelt. Erstens, Diskussionen zu unterschiedlichen Energiethematen, zum Beispiel Biomasse, Fotovoltaik und Windkraft. Zweitens fanden Sitzungen im Sinne einer partizipativen Modellierung zur Entwicklung der im Projekt angestrebten Szenarien sowie zur Kartographierung und Diskussion über mögliche prüffähige Flächen für Windkraftanlagen statt. Drittens wurde immer wieder diskutiert, wie die Arbeit und das Format des Runden Tisches über das Projektende hinaus verstetigt werden kann. Viertens wurde schließlich eine gemeinsame Empfehlung an die politischen Gremien im Landkreis Ahrweiler erarbeitet.

¹ Es wurden Vertreter*innen folgender Gruppen eingeladen: BUND Kreisgruppe Ahrweiler, NABU Kreisverband Ahrweiler e.V., Solarverein „Goldene Meile e.V.“, Eifelverein, Romantischer Rhein Tourismus GmbH, Ahrtal Tourismus, Brohltal Tourismus, Eifeltourismus GmbH, Landesjagdverband e.V. Kreisgruppe Ahrweiler, Waldbauverein Ahrweiler e.V., Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau e.V.

3.3.1 Wie konnte es gelingen, die unterschiedlichen Positionen der Verbände und Vereine zu einer gemeinsamen Empfehlung zu vereinen?

Das konsensuale Ergebnis der Teilnehmenden am Runden Tisch, die Vertreter*innen von sehr gegensätzlichen Interessen waren, konnte gelingen, indem die Kriterien und die Methoden der Mediation angewendet wurden: Das Format des Runden Tisches, einer Organisationsform einer Gruppendiskussion, erwies sich als konstruktiv. Als egalitäre, herrschaftsfreie Gesprächsrunde, die den Regeln des demokratischen Diskurses verpflichtet ist, wurde der Runde Tisch von zwei Mitarbeiterinnen des Projektes konzipiert und neutral und allparteilich moderiert. Als Methoden der Mediation wurden Fragetechniken, Neutralisieren und neutrales Protokollieren eingesetzt. Das Herausarbeiten von den Interessen und Bedürfnissen der Teilnehmenden ermöglichte eine Erweiterung des Spektrums der Optionen und schuf unter anderem die Basis für die Empfehlung im Konsens.

Das Ergebnis war somit eine detaillierte Empfehlung des Runden Tisches zur Umsetzung der Energie- und Effizienzpotentiale im Landkreis Ahrweiler. Im Einzelnen konnten sich die Teilnehmenden auf eine Vorgehensweise bei Biomasseprojekten, eine Empfehlung für Solarthermie und sogar mögliche Suchräume für Windkraftprüfflächen einigen.

Diese Empfehlung wiederum war die Grundlage für einen abgestimmten Gesamtbeschluss der Verbandsgemeinde-, Stadt-, verbandsfreien Gemeinderäte und des Kreistags. Der Beschluss begrüßt, dass von EnAHRgie wissenschaftliche Szenarien zur Zielerreichung auf Basis einer systematischen Potenzialermittlung und der heute verfügbaren Technologien unter gegebenen Rahmenbedingungen vorliegen, um den „100 Prozent Beschluss“ des Kreistages aus dem Jahr 2011 zu erfüllen. Des Weiteren beinhaltet er die Kenntnisnahme des Energiekonzepts und der Vorschläge der lokalen Akteure. Darüber hinaus wurde die Bereitschaft formuliert, sich bei der Umsetzung des Energiekonzepts mit den jeweils verfügbaren Möglichkeiten und in den hierfür abgestimmten Strukturen einzubringen.

3.3.2 Was sind die Wirkungen des Runden Tisches?

Über die gemeinsamen Empfehlungen und den darauf aufbauenden Gesamtbeschluss hinaus lassen sich weitere Wirkungen der Arbeit am Runden Tisch konstatieren. So hat die Teilnahme am Runden Tisch erstens zu einem generell verstärkten Informationsaustausch zwischen den Verbandsvertreter*innen geführt. Zum einen, um sich bei gemeinsamen Betroffenheiten (beispielsweise Wild im Wald) auszutauschen. Zum anderen, um zu netzwerken und sich auch außerhalb von Energiethemen verstärkt auszutauschen.

Besonders bei Vereinen, deren Wirkungsfeld nicht unmittelbar im Bezug zur Energiewende steht, hat es zweitens eine Sensibilisierung des Vereins bzw. Verbands und eine generelle Diskussion zur eigenen Position zur Energiewende geführt. Dazu zählt beispielsweise die Information über Fördermöglichkeiten von Klimaschutzmaßnahmen in den Bereichen Hotellerie und Gaststätten. Auch wurde die verbandsinterne Diskussion darüber angestoßen, in welchem Verhältnis Natur-, Umwelt- und Klimaschutz zueinander stehen sollen.

Neben der Sensibilisierung des Verbands bzw. Vereins kam es drittens auch zu einer Sensibilisierung einzelner Mitglieder, die sich beispielsweise in der Ausrichtung klimaneutraler Veranstaltungen zeigt.

Viertens kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen den Verbänden und Vereinen in konkreten Projekten.

Die fünfte und sechste Wirkung beziehen sich auf die Stärkung von Rollen. Zum einen kam es zu einer Stärkung der Rolle neuer Vereine, denen bisher die Anerkennung als weiterer wichtiger Vertreter in der Struktur des Landkreises verwehrt blieb und die sich durch die Teilnahme am Runden Tisch, als Partner auf Augenhöhe, manifestierte. Zum anderen wurde auch die eigene Rolle der Teilnehmenden,

als Expert*innen, gestärkt. So haben die Teilnehmenden auch ihre Rolle in dem Projekt verstanden: Expert*in für ihren jeweiligen fachlichen Bereich, aber auch als Interessenvertreter*in der eigenen Organisationsmitglieder, beispielweise für oder gegen Windenergie im Kreis. Das Verständnis dieser Rolle wurde über die Projektlaufzeit beibehalten. Dies war im Projekt von vornherein angelegt, da die Vertreter*innen als Expert*innen eingeladen wurden und weniger als politische Interessenvertreter*innen. Ein weiterer Umstand, der zum Erfolg des Runden Tisches beitrug.

Was sich generell geändert hat und eine weitere Wirkung ist, ist siebte eine Verbesserung des Verständnisses bezüglich des jeweils individuellen Standpunktes der Teilnehmenden untereinander, obwohl die einzelnen Sichtweisen bereits im Vorfeld der Arbeit am Runden Tisch bekannt waren, zum Beispiel im Rahmen von Diskursen im Naturschutzbeirat des Landkreises oder von Veröffentlichungen von Leserbriefen in der Lokalpresse. Die gemeinsame Arbeit und das zunehmende Verständnis haben zwar nicht zu einer Veränderung individueller Positionen und Sichtweisen geführt, waren aber durchaus ausschlaggebend für die Erarbeitung der an die lokale Politik gerichteten gemeinsamen Empfehlung.

Die Information der eigenen Organisationsmitglieder wurde von den Teilnehmenden individuell gehandhabt – von informellen bilateralen Gesprächen bis hin zur Information im Rahmen von Newslettern gab es eine Vielzahl von Kommunikationswegen. Auf der Mitarbeit am Runden Tisch aufbauende Vereinsaktivitäten gab es nur vereinzelt.

Der große Mehrwert der gemeinsamen Arbeit wird ausnahmslos in der Versachlichung der Diskussion über mögliche Maßnahmen, zum Beispiel auch durch die Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, aber auch in der Zusammenführung der relevanten Akteure und der nun verstärkten Vernetzung der Mitglieder gesehen. Diese führt dazu, dass sich die Teilnehmenden nun auch über Themen austauschen, die jenseits der am Runden Tisch bearbeiteten Bereiche liegen. Konsens der Teilnehmenden ist, dass es nun eines Kümmerers bedarf, der die Themen weiter vorantreibt und die kommunalen Politiker*innen für die Notwendigkeit zur Umsetzung von Maßnahmen zur Realisierung einer lokalen Energiewende im Landkreis sensibilisiert.

3.3.3 Was waren die Herausforderungen und welche Erfolgsfaktoren waren zentral?

Auch wenn der Runde Tisch seine Beschlusskraft und Wirkung unter Beweis gestellt hat, so mussten im Verlauf immer wieder kritische Faktoren berücksichtigt werden. Der erste Faktor war das fehlende politische Mandat, das eine weitere Legitimierung der Arbeit im Vorfeld gestärkt hätte. Eng verknüpft mit der Herausforderung des fehlenden Mandats ist der Entscheidungsspielraum. Dieser wurde von den Teilnehmenden als sehr gering wahrgenommen. Auch war die Umsetzbarkeit und Anschlussfähigkeit des Erarbeiteten im Verlauf des Projektes und darüber hinaus aufgrund der mangelnden politischen Unterstützung zeitweise eher unsicher. Die Sorge, als „zahnloser Tiger“ zu gelten, führte aber schlussendlich auch dazu, dass die Teilnehmenden ihre individuellen Positionen in den Hintergrund rückten und das Interesse an einer gemeinsamen Empfehlung positiv beeinflusst wurde. Den Teilnehmenden war bewusst, dass ohne eine gemeinsame Empfehlung der Gesamtprozess und die Arbeit am Runden Tisch als irrelevant wahrgenommen werden würde.

Als Erfolgsfaktor lässt sich erstens die Frühzeitigkeit der Etablierung eines Runden Tisches nennen. Seine Bildung wurde bereits vor Projektbeginn angestoßen, sodass die Teilnehmenden von Anfang an involviert waren. Ebenso die Fairness, die durch die Zusammensetzung des Runden Tisches und die allparteiliche und neutrale Moderation mit Methoden der Mediation gewährt wurde, trug wesentlich zum Erfolg bei. So konnte eine durch einen persönlichen und respektvollen Diskurs gekennzeichnete Atmosphäre geschaffen werden, die elementar für eine konstruktive Zusammenarbeit, auch über das Projektende hinaus, ist. Ein weiterer Erfolgsfaktor war die Transparenz, welche durch die stetige Rück-

kopplung zwischen Projektarbeit und Diskussion am Runden Tisch geschaffen wurde. Und nicht zuletzt trug die Ernsthaftigkeit aller am Runden Tisch Beteiligten zum Erfolg bei.

4 Fazit: Reden und Einbinden hilft

Ganz generell lässt sich festhalten, dass die regionalen Klimaschutzdiskurse zwar die nationalen Argumente aufgreifen, sie sind aber lokalspezifisch auf Bedingungen und Auswirkungen vor Ort ausgerichtet. Dies kann zu neuen Spannungsfeldern und Konfliktlinien zwischen allen beteiligten bzw. betroffenen Akteuren führen, die sich auf nationaler Ebene so nicht abzeichnen. Doch neben den Konfliktlinien gibt es auf regionaler Ebene auch neue, vorher nicht bekannte Kooperationsmöglichkeiten, die zu ergründen und zu fördern ein Hauptanliegen des Projektes war.

Ebenso hat sich gezeigt, dass der öffentliche und politische Diskurs nicht immer deckungsgleich mit der tatsächlichen Wahrnehmung der Bevölkerung ist. Lokale Organisationen und Parteien haben sich hierbei unterschiedliche, für ihre jeweiligen Anliegen nützliche und unterstützende Aspekte des nationalen Klimaschutzdiskurses zu eigen gemacht und jeweils auf den regionalen Kontext angewendet. Auch hier galt es die Potentiale zur Umsetzung zu ergründen und zu fördern.

Für die Verbände und Vereine haben sich vor allem zu Beginn zwei Herausforderungen gezeigt. So sind etablierte Verbände und Vereine erneuerbaren Energien gegenüber oft kritisch eingestellt. Und neue Initiativen, die sich explizit für den Ausbau von erneuerbaren Energien aussprechen, sind regional nur bedingt sichtbar bzw. haben ein Legitimationsnachteil gegenüber etablierten und über Jahrzehnte gewachsene Vereins- und Verbandsstrukturen.

Hier konnte das Projekt durch den Runden Tisch sowohl die eigene Rolle der Vertreter*innen als auch die Rolle der Verbände und Vereine in der Modellregion stärken. Gegenseitiges Vertrauen und ein größeres Verständnis für die unterschiedlichen Interessen und Sichtweisen haben die Basis für eine weitere gemeinsame Verständigung und Zusammenarbeit geschaffen. Eine gewisse Ernüchterung aufgrund fehlender politischer Unterstützung während des Projekts soll aber nicht verschwiegen werden. Dennoch haben die Verbände und Vereine ihr Potential zur Vermittlung von Einstellungen der Bevölkerung im öffentlichen und politischen Diskurs aufgezeigt und genutzt: „Die Wirkung von EnAHRgie ist nicht gut quantifizierbar, aber die Stützung [des Prozesses im Landkreis Ahrweiler; Anm. der Autor*innen] durch EnAHRgie geschieht auf jeden Fall“.

Für ein erneutes Projekt mit gleichem Ansatz empfehlen die Autor*innen eine verstärkte Einbindung in das Projekt und vor allem in die Strukturen der Landkreise, so irgendwie möglich, sowie eine frühzeitige Vernetzung von Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, um bereits während der Projektlaufzeit Verstetigungsstrukturen zu entwickeln und zu erproben.

Während der gesamten Projektlaufzeit hat sich gezeigt: Reden und Einbinden hilft. Den lokalen Diskurs zwischen unterschiedlichen Akteuren zu initiieren und zu stärken, schafft vorher ungeahnte Potentiale zur Kooperation und Umsetzung. Inwieweit sich diese Potentiale auch nach Projektende weiter entfalten, gilt es zu beobachten.